

Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2006 durch Landrat Dr. Wolfgang Kirsch

Sitzung des Kreistages am 30. Sept. 2005

Sehr geehrte Damen und Herren,

Vor der Hacke ist es duster!

Der Kreishaushalt 2006 ist mit vielen finanziellen Unwägbarkeiten belastet. Außerdem sind in Düsseldorf zwei Gesetzesänderungen geplant, die für uns mit ganz erheblichen Auswirkungen und Unsicherheiten verbunden wären.

Bislang haben Mittlere kreisangehörige Städte mehr als 25.000 Einwohner, Große kreisangehörige Städte mehr als 60.000 Einwohner. Zurzeit haben wir mit Ahlen, Beckum, Oelde und Warendorf vier Mittlere kreisangehörige Städte. Diese Schwellenwerte sollen nach der Koalitionsvereinbarung der neuen Landesregierung auf 20.000 bzw. 50.000 abgesenkt werden.

Was heißt das für den Kreis Warendorf?

Ahlen mit rd. 55.000 Einwohnern würde zu einer Großen - Ennigerloh mit knapp 21.000 Einwohnern zu einer Mittleren kreisangehörigen Stadt. Telgte mit derzeit 19.359 Einwohnern stände kurz davor.

Diese Bezeichnungen stellen aber nicht nur „Titel“ dar, sondern sind mit Rechten verbunden. So könnte Ahlen z.B. ein eigenes Auslän-

deramt, Ennigerloh und eventuell bald auch Telgte ein eigenes Jugendamt einrichten. Im Extremfall wäre das Ausländeramt des Kreises nur noch für etwa die Hälfte der im Kreis lebenden Ausländer und das Kreisjugendamt nur noch für gut ein Drittel der Einwohner zuständig.

Wesentlich weitergehende Folgen könnte aber die zweite, geplante Gesetzesänderung bringen. Danach soll die im Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit geregelte Kopplung von Kooperationszulässigkeit und Aufgabenträgerschaft abgeschafft werden.

Dies hört sich wenig spektakulär an, birgt aber für die Kreise in Nordrhein-Westfalen eine ungeheure Sprengkraft in sich. Denn bislang konnten Städte gemeinsam nur Aufgaben wahrnehmen, wenn jede für sich allein schon hierfür zuständig war. Wird dieser Grundsatz fallengelassen, würden in Zukunft sogenannte additive Schwellenwerte ermöglicht. So könnten sich z.B. zwei Gemeinden mit etwas über 10.000 Einwohner zusammenschließen, um ein eigenes Jugendamt zu gründen. Zusammen erreichen sie nämlich den hierzu nötigen Schwellenwert von 20.000 Einwohnern. Aber damit nicht genug: es ist auch geplant, dass solche Kooperationen sogar über Kreisgrenzen hinweg möglich sind.

Um es klar zu machen: Wir scheuen nicht den Wettbewerb mit den Städten und Gemeinden! Die Kreisverwaltung arbeitet gut und effektiv!

Aber die geplanten Änderungen gefährden das Recht der Kreise auf ihre Selbstverwaltung. Wenn man den Kreisen ihre Aufgaben wegnimmt, sind sie in ihrer Substanz bedroht, es würde dem Prinzip der Ausgleichsfunktion der Kreise widersprechen und es würde der

„Grundsatz der Einräumigkeit der Verwaltung“ missachtet. Diese Änderungen würden wegen der kleinen Einheiten ganz erhebliche Auswirkungen auf die fachliche Qualität und auf die Wirtschaftlichkeit haben.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass das Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit nicht, aber zumindest so nicht geändert wird.

Meine Damen und Herren,

der Haushalt 2006 wird der letzte sein, in dem Sie durch die Bereitstellung von Einnahme- und Ausgabeermächtigungen Vorgaben für die Arbeit der Kreisverwaltung geben. Ab 2007 soll dann bei uns der erste doppische Haushalt nach dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement eingeführt werden.

Natürlich werden wir hier im Kreistag auch weiter die Frage diskutieren: „Was kostet uns das?“ Aber wir werden auch genauer sagen können, welche Dienstleistungen wir mit dem Geld erbringen und was wir damit bewirken.

Seit einigen Monaten laufen im Kreishaus bereits die Vorarbeiten.
(Mitarbeiterfoto Frau Martens, Herr Benthien)

Für die Erstellung einer Eröffnungsbilanz müssen zum Beispiel nicht nur alle Immobilien des Kreises, die Kreisstraßen und Radwege etc. erfasst und bewertet werden, sondern auch schätzungsweise rund 50.000 Betriebs- und Ausstattungsgegenstände wie Tische, Stühle, Schränke, Werkzeuge und Computer.

Außerdem muss in einem zweiten Schritt ein Produktplan mit bis zu 100 Dienstleistungen und dazugehörigen Zielen und Kennzahlen

entwickelt werden. Schließlich muss eine aussagekräftige Kosten- und Leistungsrechnung entwickelt werden.

Eine Information für Sie als Kreistagsmitglieder in Sachen „Neues Kommunales Finanzmanagement“ ist für das dritte Quartal 2006 im Zusammenhang mit der Einbringung des Haushaltes 2007 vorgesehen.

Soweit der Ausblick in die Zukunft - doch jetzt zum Zahlenwerk für das kommende Haushaltsjahr. Sie werden in den nächsten Wochen über einen Etat mit einem Volumen von rund 203 Millionen Euro beraten und entscheiden.

Ich hoffe auf eine ähnlich sachliche, faire und konstruktive Diskussion, wie es bei den Beratungen zum Haushalt 2005 der Fall war und die letztlich zu einem fast einmütigen Votum für den Haushalt 2005 geführt haben.

Aus der vorliegenden Stellungnahme der Bürgermeister zum Eckdatenpapier wird deutlich, dass man auch dort unsere Bemühungen um einen sparsamen, gemeindefreundlichen Kreishaushalt anerkennt

Wie auch schon im letzten Jahr sind es auch diesmal wieder zwei Faktoren, die ganz entscheidend den Kreishaushalt 2006 prägen - und die gleichzeitig auch für Unsicherheit sorgen, nämlich

- die Auswirkungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes

- die Leistungen nach dem SGB II.

Gemeindefinanzierungsgesetz

Der Umlagehaushalt des Kreises hat nur begrenzte Möglichkeiten, eigene Finanzierungsquellen auszuschöpfen, z.B. im Rahmen der Gebühren und Beiträge, die aber mit 14,6 Mio. € im Haushaltsentwurf 2006 nur 8 % des Verwaltungshaushaltes ausmachen.

Sie sehen es an den Diagrammen:

Wesentlich bestimmt wird der Kreishaushalt vielmehr durch die Einnahmen und Ausgaben im Gemeindefinanzausgleich, das sind auf der Einnahmeseite die

- die Schlüsselzuweisungen des Landes (12 %) und
- die Kreisumlage (53 %)

und bei den Ausgaben

- die zu zahlende Landschaftsumlage (22 %).

Bis heute liegen uns noch keine Informationen über das Gemeindefinanzierungsgesetz 2006 vor. Wahrscheinlich wird es erst im Januar 2006 dem Landtag vorgelegt. Die Orientierungsdaten kommen vielleicht im November.

Trotzdem muss der Haushalt 2006 jetzt aufgestellt werden, damit der Kreistag rechtzeitig Beschlüsse fassen kann und auch eine Orientierung für die Haushaltsplanungen der Städte und Gemeinden vorliegt. Somit mussten wir zum Teil eigene Einschätzungen dem Zahlenwerk zugrunde legen.

Die Steuerkraft in den Städten und Gemeinden hat sich in der Referenzperiode für das GFG 2006 weiter positiv entwickelt. Von Mitte

2004 bis Mitte 2005 ist die Steuerkraft bei uns um 4,4 % angestiegen; die Gewerbesteuer sogar um 18,4 %. Allerdings ist die Entwicklung der Steuerkraft in unseren 13 Städten und Gemeinden sehr unterschiedlich: in Ahlen ist die Steuerkraft unverändert, Sassenberg und Telgte müssen Rückgänge verkraften - allen anderen Gemeinden haben zugelegt!

Danken möchte ich an dieser Stelle den vielen innovativen Unternehmen aus Industrie, Handwerk und Handel, die gemeinsam mit ihren Mitarbeitern zu diesem Erfolg beigetragen haben. Dieser Erfolg ist die Basis unseres Wohlstandes - ein gutes wirtschaftliches Ergebnis trägt wesentlich dazu bei, dass wir in den Rathäusern und im Kreishaus unsere Aufgaben erfüllen können.

Diese Zahlen zur Steuerkraft hat das Statistische Landesamt in Düsseldorf in einer „unverbindlichen, vorläufigen Berechnung“ vor 4 Wochen ermittelt. Wir haben sie bei unseren weiteren Planungen und Berechnungen zugrunde gelegt

Mit einer Steigerung der Steuerkraft von + 4,4 % liegen wir knapp unter dem Landesdurchschnitt von 5 %. Deshalb gehen wir auch davon aus, dass wir durch den Ausgleichsmechanismus des GFG zumindest keine sinkenden Schlüsselzuweisungen erwarten müssen. Der Haushaltsentwurf 2006 sieht einen unveränderten Ansatz bei den Schlüsselzuweisungen in Höhe von 21,5 Mio. € vor.

Hartz IV - Zahl der Bedarfsgemeinschaften stark gestiegen

Das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, das uns bereits im Rahmen der letztjährigen Haushaltplanberatungen stark beschäftigt hat, ist am 01.01.2005 in Kraft getreten.

Ich halte die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe und dabei die Menschen bei der Eingliederung in Arbeit besser als bisher zu fördern und mehr Eigenverantwortung zu fordern nach wie vor für gut und richtig.

Nach 9 Monaten Hartz IV und 5 Monaten Arbeitsgemeinschaft, die wir ab 01.05.2005 gemeinsam mit der Agentur für Arbeit gegründet haben, hat sich meine Skepsis gegenüber diesem Gesetz bestätigt.

Eigentlich sollten jetzt längst nicht mehr organisatorische Fragen oder Fragen einer pünktlichen Leistungsgewährung des Arbeitslosengeldes II im Mittelpunkt stehen, sondern die Frage, wie wir die Menschen wieder in Arbeit bringen können.

Dies ist jedoch in der Arbeitsgemeinschaft bislang nicht hinreichend gelungen.

Die Zahlen sprechen für sich: Kommunen und Agentur waren Ende letzten Jahres davon ausgegangen, dass in ca. 6.200 Fällen Arbeitslosengeld II zu zahlen sein würde. Auf dieser Basis wurden alle Vorbereitungen für die Arbeitsgemeinschaft getroffen. Insgesamt 138 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollten sich ab Mai 2005 um die Vermittlung, das Fallmanagement und die Gewährung von Arbeitslosengeld II kümmern. Damit hätte eine gute Betreuung der erwarteten 6.200 Fälle erfolgen können.

Im Januar 2005 bei der erstmaligen Bewilligung der Leistungen mussten wir dann aber feststellen, dass rund 1.000 Familien mehr als erwartet einen Anspruch auf Arbeitslosengeld II hatten.

Mit Start der Arbeitsgemeinschaft am 01.05.2005 waren es dann sogar 8.490 also rund 2.300 Fälle mehr als erwartet.

Und diese Steigerung setzt sich weiter fort. Aktuell informiert mich die Arbeitsgemeinschaft über 9.900 Fälle, die Agentur hat aber nur 8.400 Fälle in der EDV und jetzt machen wir die Differenz.

Dankeschön an dieser Stelle an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ARGE - sie haben in den letzten Monaten großes Engagement gezeigt, viele Überstunden gemacht um die Berge abzuarbeiten und trotz Computerproblemen und anderer widriger Umstände vollen Einsatz gezeigt. Eine Aufstockung von 138 auf 186 Mitarbeitern wird jetzt umgesetzt.

Hauptgrund für die Steigerungen ist, dass der Bezug von Arbeitslosengeld I monatlich in durchschnittlich 200 Fällen ausläuft und fast alle Betroffenen direkt im Anschluss in das Arbeitslosengeld II überwechseln.

Immerhin haben in den Monaten Mai bis August, also in vier Monaten, 662 Personen, die vorher Arbeitslosengeld II bezogen haben, wieder eine Arbeit gefunden. Auch das ist unter den gegebenen Umständen eine Zahl, die sich sehen lassen kann.

Nun zur finanziellen Entwicklung:

Bei den Haushaltsplanberatungen des letzten Jahres hatten wir durchschnittliche Kosten für Miete und Heizung von 340 Euro pro Bedarfsgemeinschaft zugrunde gelegt - insgesamt waren wir von Kosten für den Kreis von 17,8 Millionen Euro ausgegangen.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist - wie bereits dargestellt - explodiert - allerdings liegen die durchschnittlichen Kosten pro Bedarfsgemeinschaft mit zurzeit ca. 260 Euro deutlich niedriger als prognostiziert. Fest steht jedoch, dass unter dem Strich insgesamt mit Mehraufwendungen gegenüber den Ansätzen bis zum Ende des Haushaltsjahres von rd. 2 Mio. € - also rund 19,8 Millionen Euro - gerechnet werden muss.

Wir gehen weiter davon aus, dass der Bund nach wie vor 29,1 % der Kosten für Unterkunft und Heizung erstattet und die landesrechtliche Regelung eine Ausgleichsleistung für den Fortfall des Wohngeldes festsetzen wird, die für den Kreis einen Betrag etwa in der gleichen Höhe wie 2005 ergeben wird. Der entsprechende Ansatz des Entwurfs weist deshalb 2,0 Mio. € aus. Diese Annahmen sind jedoch nicht sicher, weil die Gesetzgebung von Bund und Land nicht nur noch aussteht, sondern auch die Grundlagen hierzu noch fehlen.

Auf Wunsch der Städte und Gemeinden wollen wir die Direktverrechnung der SGB II Leistungen um ein weiteres Jahr verlängern. Die Eckdaten zum Haushalt 2006 gingen davon aus, dass die für die Monate November und Dezember 2005 zu leistenden Erstattungen zusätzlich im Haushaltsjahr 2006 von den Gemeinden gezahlt werden sollten. Auf dringende Bitte der Städte und Gemeinden werden

wir auf die Zahlung dieser beiden Abschläge verzichten. Ich werde Ihnen in der Sitzung im Dezember einen Beschluss zum Erlass dieser beiden Raten vorlegen. Dies stellt eine Entlastung der Gemeinden in Höhe von 3,2 Millionen Euro dar!! Wir werden versuchen, diesen Einnahmeausfall im Kreisetat durch Einsparungen und Verbesserungen im Haushalt 2006 zu kompensieren. Der Etatentwurf 2006 sieht dies bereits vor.

Herr Bürgermeister Hoffstädt hat in der Stellungnahme der Bürgermeister zum Eckdatenpapier dieses Entgegenkommen des Kreises ausdrücklich begrüßt. In diesem Zusammenhang bedanke ich mich dafür, dass die Bürgermeister ihre gemeinsame Verantwortung zum Ausdruck bringen und den beängstigenden Anstieg der Zahl der Bedarfsgemeinschaften zurückführen wollen. Angestrebt ist ein Rückgang von 10 % - also rund 900 Fälle - im Jahresmittel 2006!

Bei unseren Haushaltsplanungen für das nächste Jahr sind wir noch von 9.500 Bedarfsgemeinschaften ausgegangen - die Kosten für die Gemeinden betragen danach rund 21,8 Millionen Euro. Nach dem neuen, von den Bürgermeistern angestrebten Ziel werden wir im Rahmen der Haushaltsplanberatungen den Ansatz noch einmal überprüfen und nach unten anpassen.

Die Verhandlungen mit der Arbeitsagentur über Änderungen des ARGE-Vertrages gestalten sich sehr schwierig. Hintergrund ist das Angebot der Herren Clement und Weise, den Arbeitsgemeinschaften mehr Entscheidungsspielräume vor Ort zu geben. Den kommunalen Trägern wurde angeboten, die Führung und Verantwortung in den Arbeitsgemeinschaften zu übernehmen. Eine entsprechende Änderung des ARGE-Vertrages wird aber zur Zeit von der Arbeitsagentur abgelehnt.

Ich habe auch wenig Hoffnung, dass sich dies auf Dauer ändern wird.

Sollte der neue Bundestag – was ich hoffe – das SGB II dahingehend ändern, dass für weitere kommunale Träger die Möglichkeit der sogenannten Option eröffnet wird, so beabsichtige ich, Ihnen vorzuschlagen dieses Angebot anzunehmen und die „Zwangsehe“ zu lösen.

Kreisumlage stabil bei 32,6 %

Der Gemeindefinanzausgleich und auch Hartz IV bestimmen ganz entscheidend unseren Haushalt - aber es gibt darüber hinaus natürlich weitere Möglichkeiten, etwas für die Konsolidierung unserer Finanzen zu tun.

Folgende Vorgaben gelten für den Haushalt 2006:

- **Die Kürzung der freiwilligen sozialen Leistungen und in der Kulturförderung aus den Vorjahren wird fortgeführt.**
- **Die Sachausgaben in Höhe von 3,42 Millionen Euro und die Geschäftsausgaben in Höhe von 0,9 Mio Euro werden um 1,5 % gekürzt**
- **Fast alle kulturellen Einrichtungen des Kreises werden nicht mehr über den Kreishaushalt, sondern über die Gesellschaft für Kulturförderung aus erwarteten Dividendenerträgen finanziert.**
- **Auf die Einstellung einer Mindestrücklage wird verzichtet**
- **Die Mittelzuführung zum Vermögenshaushalt entspricht lediglich der sog. Pflichtzuführung.**

Alle Konsolidierungsmaßnahmen sind eingeflossen in den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2006.

Das Gesamtvolumen liegt bei 203 Millionen Euro - gut 183 Millionen Euro entfallen auf den Verwaltungshaushalt - das entspricht einer leichten Steigerung von 0,4 %. Rund 19 Millionen Euro weist der Vermögenshaushalt auf.

Die SGB II-Kosten werden weiterhin direkt mit den Städten und Gemeinde getrennt abgerechnet.

Wir erwarten - wie bereits erwähnt - einen Anstieg der Steuerkraft der Städte und Gemeinden um 4,4%. Bei den dann höheren Umlagegrundlagen profitieren wir über einen „Mitnahmeeffekt“. Bei unveränderten Hebesätzen würden wir voraussichtlich ca. 3,2 Mio. € mehr allgemeine Kreisumlage einnehmen - auf der anderen Seite aber auch ca. 1,5 Mio. € mehr an Landschaftsumlage abführen müssen.

Um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen benötigen wir 74,7 Mio Euro an Allgemeiner Kreisumlage. Das bedeutet: Der Hebesatz kann unverändert bei 32,6 % bleiben.

Für die Jugendamtsumlage legt der Entwurf des Haushalts 2006 16,5 v.H. zugrunde, also eine Senkung um 0,5 Punkte. Der Finanzbedarf des Jugendamtes wird damit nicht vollständig gedeckt. Dies führt zu einer Verrechnung mit den angesammelten Überschüssen der Jugendamtsumlage aus Vorjahren in einem Umfang von ca. 900 T€ und damit zu einer Entlastung der Städte und Gemeinden ohne eigenes Jugendamt.

Wirtschaftsstandort stärken

Seit dem Jahr 2000 sind im Kreis Warendorf rund 5000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren gegangen. (12/00=81.595 - 12/04 =76.789)

Gleichzeitig ist dadurch auch die Arbeitslosenquote angestiegen (aktuell 9,1 %) und immer mehr Menschen pendeln über die Kreisgrenzen hinaus zu ihrem Arbeitsplatz: fast 32.000 Kreiseinwohner arbeiten außerhalb des Kreisgebietes - nur 18.500 kommen von außerhalb zu uns, um hier zu arbeiten. Das Pendlersaldo beträgt zurzeit minus 13.237 - vor 5 Jahren lag es noch unter 10.000.

Dies ist ein Trend, der zwar auch in weiten Teilen des übrigen Münsterlandes zu verzeichnen ist, der uns aber dennoch nicht ruhen lässt. Gemeinsam mit der IHK Nord Westfalen, der Handwerkskammer, der Kreishandwerkerschaft und unserer Gesellschaft für Wirtschaftsförderung haben wir in den vergangenen Monaten die Initiative „PRO WAF“ auf den Weg gebracht. Alle Beteiligten haben ein breites Maßnahmenbündel beschlossen und beginnen es abzuarbeiten. Wir erhoffen uns davon mittel- und auch kurzfristig neue Impulse für die Wirtschaft unseres Kreises.

Mit der gfw haben wir innerhalb der Initiative einen Schwerpunkt auf das Thema „Ausbildung und Weiterbildung“ gesetzt. Denn nichts ist für unsere Betriebe so wichtig, wie gut ausgebildete Arbeitskräfte.

Mit dem STARegio - Projekt der gfw haben wir einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Struktur im Ausbildungsstellenmarkt gelegt. Damit sollen die jungen Menschen nicht in der schulischen Warteschleife unserer Berufskollegs landen, sondern in der betrieblichen Praxis ihr Wissen erwerben.

Mit der Gründung der „Ausbildungsverbund im Kreis Warendorf gGmbH“ - gemeinsam mit der Kreishandwerkerschaft, der Handwerkskammer und der IHK - haben wir hier einen wichtigen Schritt getan und in kurzer Zeit 27 zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt. (Foto Frau Münstermann (Westbevern) und Herr Palenberg Firma ELGROPA (Beckum) mit Azubi)

Außerdem wollen wir mit der Einführung des Berufswahlpasses den Schulen - aber auch den Jugendlichen selbst - ein Instrument an die Hand geben, die Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler schon sehr frühzeitig ab der 7. Klasse strukturiert zu erfassen. Falsche Berufswahlentscheidungen der Schulabgänger, abgebrochene Lehren und unzufriedene Ausbildungsbetriebe sollen damit verhindert werden.

Berufskollegs platzen aus allen Nähten

Die schlechte Wirtschaftslage, fehlende Ausbildungsplätze und weiterhin geburtenstarke Jahrgänge haben zu steigenden Schülerzahlen an unseren Berufskollegs geführt. Es sieht so aus, als wenn wir in diesem Schuljahr erstmals die 7000. Marke überschreiten werden – vor fünf Jahren besuchten 5.700 Schüler unsere Kollegs.

Dabei beobachten wir, dass die Zahlen in der dualen Ausbildung zurückgehen, während die Klassen der vollzeitschulischen Bildungsgänge, insbesondere in den Bildungsgängen des Sozial- und Gesundheitswesens, bis an die Kapazitätsgrenze - und darüber hinaus - gefüllt sind.

Am Berufskolleg Ahlen ist jetzt erstmals ein Berufsgrundschuljahr im Bereich Wirtschaft und Verwaltung neu eingerichtet worden. Seit dem Schuljahresbeginn vor ein paar Tagen besuchen 25 Schülerinnen und Schüler diesen Bildungsgang.

Die Berufskollegs platzen mittlerweile aus allen Nähten. Daher ist es notwendig geworden, am Berufskolleg Ahlen Raumcontainer für 2 Klassenräume anzumieten - die Kosten betragen jährlich 12.600 €. Am Berufskolleg Beckum müssen noch vorhandene Raumreserven so weit umgebaut werden, dass sie als Klassenräume genutzt werden können - dafür sind 2006 38.000 € eingeplant.

Die gestiegenen Schülerzahlen und die Preissteigerungen bei den Verkehrsträgern führen weiterhin zu höheren Schülerbeförderungskosten. Wir rechnen mit 1,23 Mio Euro - in den letzten Jahren verzeichnen wir jährliche Steigerungen von durchschnittlich 100.000 Euro.

Familienförderung „GROSS GESCHRIEBEN“

Familienförderung wird bei uns großgeschrieben: viel ist auf den Weg gebracht worden.

Bei der Verabschiedung des Familienberichtes habe ich **drei Schwerpunkte gesetzt** - alle drei konnten inzwischen erfolgreich umgesetzt werden.

Das **Familientelefon** wird gut angenommen. Täglich erreichen uns Anrufe von Familien, die Informationen über Hilfen im Kreis Warendorf möchten. Sie suchen die richtige Stelle oder den richtigen Ansprechpartner für ihr Anliegen. Am Familientelefon wird Ihnen weitergeholfen.

Die **Familiengutscheine** werden seit zwei Jahren an junge Familien nach der Geburt des ersten Kindes versandt. Bis heute wurden über 1.700 Familiengutscheine ausgegeben. Die Häuser der Familien in Ahlen, Beckum und Warendorf berichten über eine ausgesprochen positive Resonanz bei den Familien - die Familiengutscheine werden gut angenommen. Allein in diesem Jahr wurden bis jetzt bereits ca. 250 Gutscheine eingelöst - damit ist der Haushaltsansatz von 10.000 Euro ausgeschöpft. In diesem Fall freue ich mich ausnahmsweise einmal darüber, dass wir den Ansatz überziehen werden!

Unser "jüngstes Kind" ist die **Kinderbetreuungsborse!** Seit dem 01.09.2005 steht meine Mitarbeiterin Julia Böwing (Foto) als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Die Kinderbetreuungsborse ist für uns ein wichtiger Schritt auf dem Weg, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter voran zu bringen. Bei der Kinderbetreuungsborse erhalten die Familien alle not-

wendigen Informationen über die Möglichkeiten der Tagesbetreuung von Kindern im Kreis Warendorf. Das Angebotsspektrum reicht dabei von der Tagespflege, Spielgruppen, Betreuung in Tageseinrichtungen, bis hin zur Schulkindbetreuung. Die Kinderbetreuungs Börse hilft, sowohl das richtige "Betreuungsarrangement" zu finden und auch bei der konkreten Vermittlung.

Wir haben in den Kindertageseinrichtungen zur Zeit 5700 Kindergartenplätze. Den Rechtsanspruch für die 3 - 6 jährigen Kinder erfüllen wir. In den kommenden Jahren werden wir durch den Rückgang der Kinderzahlen auch in Kreis Warendorf immer mehr freie Plätze haben.

Diese möchten wir für die Betreuung der Kinder unter 3 Jahren zur Verfügung stellen. Dass Land will uns bei der Versorgung dieser Altersgruppe unterstützen. Hier warten wir auf weitere Signale der Landesregierung.

Die Familie steht heute vor immer größeren Herausforderungen. Wir merken das bei unseren Hilfen zur Erziehung: Immer mehr Kinder, Jugendliche und ihre Familien brauchen Unterstützung. Wir stellen dabei fest, dass die Hilfen oft zu spät einsetzen. Es sind dann kostenintensive Hilfen erforderlich.

Deshalb wollen wir **neue Wege gehen im präventiven Bereich**. Die Familien sollen eher erreicht werden.

Kindertageseinrichtungen sind oft bereits die erste Stelle, an die sich Eltern wenden oder wo die Probleme bekannt werden. Dort möchten wir in Zukunft ansetzen und sind zur Zeit dabei, ein **Elternttraining als Angebot der Kindertageseinrichtungen zu erproben**.

Das Problem wird an den Zahlen aus unserem Haushalt deutlich: Für die Betreuung der rund **6000 Kinder** aller Altersgruppen in den **88 Kindertageseinrichtungen** unseres Zuständigkeitsbereichs werden wir im kommenden Jahr rund **9 Mio €** aufwenden.

Im Vergleich dazu haben wir 2006 **über 9.5 Mio €** an Kosten im Bereich der **Hilfe zur Erziehung** veranschlagt. Mit diesem Geld unterstützen wir ca. **750 Kinder und Jugendlichen** und ihre Familien.

Und deshalb ist es nicht nur - aber natürlich auch - unser Bestreben, möglichst in Zusammenarbeit mit den Eltern und den betroffenen Kindern und Jugendlichen nach kostengünstigen und effektiven Hilfen für die Familien zu suchen. Dies sind zumeist ambulante Hilfen, die die Selbsthilfe der Familie wecken und unterstützen soll.

Durch Berichte in den Westfälischen Nachrichten ist kürzlich leider ein anderer Eindruck erweckt worden. In zwei Fällen von angeblichen sexuellen Missbrauch wurde kritisiert, das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien habe über den Kopf der Eltern hinweg entschieden. Wir durften und wollten wegen laufender Gerichtsverfahren und um die Betroffenen zu schützen keine konkrete Stellung zu den Fällen beziehen. Der Vorwurf an das Jugendamt - gerade in diesem sensiblen Bereich - ist aber absolut nicht gerechtfertigt.

Im Gegenteil: in den letzten 5 Jahren musste mein Amt für Kinder, Jugendliche und Familien in 75 Fällen aufgrund von sexuellem Missbrauch tätig werden. Bei diesen Vorfällen gehen meine Mitarbeiter immer mit Vorsicht und viel Umsicht im Interesse der Kinder vor. Und es ist ihnen gelungen, in 63 Fällen **einvernehmlich und gemeinsam mit den Eltern und Erziehungsberechtigten** eine Lösung zu finden. Lediglich in 12 Fällen mussten wir, um das Kindeswohl zu schützen, es außerhalb der Familie unterbringen.

Beim Familiengericht sind 14 strittige Fälle entschieden worden - in 37 Fällen wurden die Täter auch strafrechtlich belangt.

Steigende Kosten durch steigendes Alter

Die Menschen werden immer älter. Sie sehen es an der Grafik: Zurzeit (2002) zählen wir rund 35.000 Menschen im Alter von 65 bis 80 Jahren - gut 9.000 sind älter als 80 Jahre. Im Jahr 2020 wird sich die Zahl der 65 bis 79jährigen um 5000 Menschen steigern - die der Hochbetagten sogar auf über 18.000 verdoppeln.

Die demographische Entwicklung stellt uns in den kommenden Jahren vor immer größere Herausforderungen.

So steigen die Ausgaben für die Hilfe zur Pflege in Einrichtungen voraussichtlich um weitere 200.000 € gegenüber 2005.

Um so wichtiger wird es sein, ältere pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich in ihrer häuslichen Umgebung zu versorgen und damit eine Heimaufnahme zu vermeiden.

Ein wichtiger Baustein ist die Pflege- und Wohnberatung des Kreises. Seit sieben Jahren schon werden dort pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige über die verschiedenen Hilfs- und Unterstützungsangebote informiert und bei der Sicherstellung einer bedarfsgerechten – soweit wie möglich ambulanten – Pflege unterstützt.

Steigende Kosten haben wir auch bei den Ausgaben für die Grundversicherung im Alter von Menschen, die zuhause leben. Hier rechnen wir mit einem Anstieg um 365.000 Euro auf 5,34 Mio Euro.

Personalausgaben

Ein weiterer Personalabbau ist nach der deutlichen Verringerung des Stellenplans um 10,5 Stellen in diesem Jahr derzeit nicht möglich, trotz zusätzlicher Aufgaben kann aber die Zahl der Planstellen konstant bei 611 gehalten werden.

Dennoch ist im kommenden Jahr aber ein Anstieg der Personalkosten um 2,3 % auf 34,6 Mio Euro unvermeidbar.

Wie in jedem Jahr führen Höhergruppierungen, Bewährungsaufstiege, Zeitaufstiege, Beförderungen und Aufstiege in den Dienstaltersstufen zu Mehrausgaben. Des weiteren wirken sich die vereinbarten tariflichen Einmalzahlungen für die 500 Angestellten und Arbeiter von jeweils 300 Euro insgesamt mit ca. 150.000 Euro und möglicherweise auch für die 225 Beamten mit 70.000 Euro aus.

Drei weitere Ursachen sorgen ebenfalls für Mehrausgaben:

1. 245.000 Euro Mehrkosten für die zusätzliche 13. Zahlung von Sozialabgaben durch das sogenannte Beitragsentlastungsgesetz
2. Zusätzlich 100.000 Euro durch steigende Beihilfeaufwendungen
3. 200.000 Euro durch den Anstieg der Versorgungsleistungen für Beamte.

Wir erwarten zudem kurz- oder mittelfristig auch steigende Entgelte der tariflich Beschäftigten durch den neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst. Welche Mehrkosten da auf uns zukommen, können wir noch nicht quantifizieren, sie sind auch nicht im Haushalt berücksichtigt.

Darüber hinaus ist zusätzliches Personal zur Wahrnehmung neuer Aufgaben zu finanzieren, die in diesem und im nächsten Jahr hinzukommen. Es handelt sich vor allem um personelle Besetzungen und Verstärkung der Arbeitsgemeinschaft SGB II, um die Tourismusförderung (**Foto mit Frau Schneider**), die Adoptionsvermittlung für die Städte mit eigenem Jugendamt, die Vorbereitungen auf das neue Kommunale Finanzmanagement, die Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes und die Intensivierung der Jugendarbeit durch befristet eingestellte Sozialarbeiter. Allein diese zusätzlichen Mitarbeiter verursachen **Personalausgaben im Umfang von über 900.000 Euro**. Diese Personalausgaben sind zum Teil refinanziert, das heißt die Einnahmen sind in Haushaltsstellen außerhalb des Personalbudgets veranschlagt.

Eine Einhaltung der Haushaltsansätze war auch in den vergangenen Jahren nur aufgrund weiterer flankierender Sparmaßnahmen möglich, die wir weiter konsequent fortsetzen werden. So kommt jede freigewordene Stelle auf den Prüfstand. Außerdem bleibt jede vakante Stelle grundsätzlich für einen Zeitraum von drei bis sechs Monaten unbesetzt.

Das Foto zeigt **die neuen Auszubildenden**, die zum 01.08. bzw. zum 01.09. eingestellt werden konnten. Ich freue mich, dass es uns nach den Schwierigkeiten der letzten Jahre gelungen ist, alle ausgeschriebenen 18 Ausbildungsplätze diesmal auch zu besetzen.

Aufgrund der angespannten Lage auf dem Ausbildungsmarkt wollen wir im nächsten Jahr weiter mit gutem Beispiel vorangehen und noch zwei zusätzliche Ausbildungsplätze, also 20 statt 18 anbieten.

Straßen- und Radwegebau auf Sparflamme

Neben den haushaltsneutralen Umschuldungen stehen bei den investiven Ausgaben des Vermögenshaushaltes die Baumaßnahmen - insbesondere für den Straßen- und Radwegbau mit rund 5,3 Mio Euro - an erster Stelle.

Nachdem die Landesförderung für den Radwegebau an Kreisstraßen völlig zum Erliegen gekommen ist, haben wir in den letzten Jahren für den Radwegebau, aber auch für den Kreisstraßenbau von der GVFG-Förderung mit Bundesmitteln profitiert. In diesem Jahr sind uns etwa 3 Mio. Euro für Baumaßnahmen bewilligt worden.

Die wichtigen Projekte Kreisstraße 2 n in Ennigerloh, der jetzt begonnene Ausbau der K 4 Sendenhorst-Ahlen und zum Beispiel auch die gerade fertig gestellten Radwege an der K 18 in Milte und der K 51 bzw. K 38 in Füchtorf wären ohne diese finanzielle Förderung mit 75 % nicht möglich gewesen.

Leider stehen in 2006 weniger GVFG-Mittel zur Verfügung, so dass wir uns auf die wichtigsten Projekte beschränken müssen. Dies ist in erster Linie die Fertigstellung des ersten Bauabschnittes **der K 4 von Sendenhorst nach Ahlen (Foto)**. Hier wird der gefährliche Kurvenbereich bei Halene/Stratmann durch die Verlegung der Straße umgangen.

Dann soll ein **Radweg auf der alten Zechenbahntrasse** vom Zechengelände in Ahlen Richtung Hamm gebaut werden, für den bereits eine Bewilligung aus dem Stadtverkehrsprogramm 2006 in Aussicht gestellt wurde (**Foto**).

Darüber hinaus wollen wir den Lückenschluss der Radwegeverbindung Everswinkel-Hoetmar an der **K 20** schaffen (**Foto**).

Aus Gründen der Haushaltskonsolidierung wird auch diesmal auf eine Anhebung des Haushaltsansatzes für die bauliche Straßensanierung verzichtet. Der Ansatz von 1 Mio. Euro liegt weiter deutlich unter dem notwendigen Ansatz für einen bedarfsgerechten Abschreibungszeitraum von 15 bis 40 Jahren.

Auch die notwendige Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen für die Straßenunterhaltung wird im nächsten Jahr ausgesetzt. Bleibt zu hoffen, dass uns unsere Unimogs nicht im Stich lassen.

Im Hochbau sind keine großen Maßnahmen vorgesehen. Veranschlagt ist der 2. Bauabschnitt der Erneuerung der Heizungsanlage im Berufskolleg Beckum an der Kettelerstraße mit 185 T€. Für die Errichtung einer **Holzhackschnitzelheizanlage** am Berufsschulzentrum Beckum, Hansaring stehen 550 T€ im Haushalt 2006 bereit.

Rücklagen aufbrauchen - Keine neuen Schulden machen

Seit dem Haushaltsjahr 2002 wird der gesetzlich vorgeschriebene Mindestbestand der **allgemeinen Rücklage** von rund 3,5 Mio Euro deutlich unterschritten.

In diesem Jahr werden wir planmäßig rund 2,25 Mio. € der Rücklage entnehmen müssen und zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes verwenden. Der Etatentwurf 2006 sieht die Entnahme des restlichen Betrages von noch 1,1 Mio € vor, so dass der Bestand der allgemeinen Rücklage am 31.12.2006 aufgezehrt wäre, und dies obgleich im Jahresabschluss 2005 ein außerplanmäßiger Überschuss in Höhe von 1,0 Mio Euro der Rücklage zugeführt werden muss. Von dieser optimistischen Annahme geht der Haushaltsentwurf 2006 aus und erwartet, dass auf diese Weise ein Betrag von 1,0 Mio. € zur Entnahme im Haushaltsjahr 2006 zur Verfügung steht. Somit kann der Haushaltsausgleich 2006 im Vermögenshaushalt **ohne eine Netto-neuverschuldung** dargestellt werden.

Der **Schuldenstand** des Kreises wird konstant bei knapp 37,4 Mio Euro bleiben. Ich bedauere, dass eine Tilgung von Schulden auch im nächsten Jahr nicht möglich ist.

Kulturgut Haus Nottbeck

Fast genau vor einem Jahr haben wir unser Kulturgut Haus Nottbeck mit der Musik- und Theaterwerkstatt endgültig eröffnet. Und schon nach wenigen Monaten konnten wir aufgrund zahlreicher hochkarätiger Veranstaltungen und einer guten Besucherresonanz von einem überaus erfolgreichen Start sprechen.

Im ersten Halbjahr 2005 hat sich die positive Entwicklung des Kulturguts Haus Nottbeck fortgesetzt. Unbestrittenes Highlight war natürlich die Open-Air-Konzertgala „**Notti-Night of the Proms**“, die allein 2000 Besucher im Innenhof des Kulturguts in ihren Bann zog. Ein überregionales Publikum fand die Peter-Rühmkorf-Ausstellung. An Einzelveranstaltungen sorgten für Furore insbesondere das literarische Konzert mit **Wiglaf Droste und dem Spardosenterzett** und der Lyrik-und-Jazz-Abend, als der wohl bedeutendste deutsche Lyriker, **Peter Rühmkorf**, zusammen mit dem WAF-Jazz-Ensemble auf der Bühne des Kulturguts stand.

Insgesamt fanden im 1. Halbjahr 2005 60 Veranstaltungen auf dem Kulturgut statt. Dabei wurden Gästehaus bzw. Veranstaltungssaal von 17 auswärtigen Gruppen gebucht.

Ganz bewusst wurden und werden mit den verschiedenartigen Kulturangeboten und Veranstaltungen unterschiedliche Zielgruppen angesprochen, und es scheint, dass die Mischung ankommt und auf ein breites Interesse trifft.

Dies wird deutlich an den Besucherzahlen des letzten Halbjahres. Mit 13.500 Besuchern haben in einem Halbjahr noch nie so viele Menschen Haus Nottbeck besucht wie in den ersten sechs Monaten

2005. Es ist zu erwarten, dass in diesem Jahr zum ersten Mal die Grenze von 20.000 Besuchern überschritten wird.

Nächstes Jahr wird aus Anlass des **250. Geburtstags Wolfgang Amadeus Mozarts am 17. Juni ein Serenadenkonzert mit Orchester, Chören und Solisten der Musikschule Beckum-Warendorf stattfinden**, das bei gutem Wetter im Innenhof des Kulturguts aufgeführt werden soll.

Erfreulich ist auch, dass die Kulturgut Haus Nottbeck GmbH trotz all dieser Aktivitäten mit dem Zuschuss der Gesellschaft zur Kulturförderung des Kreises Warendorf in Höhe von 250.000 € auskommen wird. Im Wirtschaftsplan für das Jahr 2006 ist die gleiche Summe veranschlagt.

Museum Abtei Liesborn

Auch der Museumsanbau in Liesborn mit der grün schimmernden Glasfassade ist inzwischen sowohl von den Besuchern als auch von der Bevölkerung in Liesborn und Umgebung sehr gut angenommen worden und dient den Zwecken des Museums nach Angaben des Museumsleiters in idealer Weise.

Vor allem aber können durch den Zugewinn an Ausstellungsfläche die Dauersammlungen des Museums und vor allem die Kunst- und Kulturgeschichte des Kreises Warendorf endlich adäquat und chronologisch präsentiert werden. Das Museum erhält darüber viele positive Rückmeldungen.

Nicht zuletzt der Aufgabenzuwachs durch den Ausstellungsbetrieb im Erweiterungsbau hat dazu geführt, dass die wissenschaftliche Arbeit im Museum nicht mehr nur vom Museumsleiter allein bewältigt werden kann. Unter Verzicht auf eine halbe Stelle im Sekretariats- und Empfangsbereich soll daher zum Beginn des Jahres 2006 eine halbe wissenschaftliche Stelle im Museum besetzt werden.

Und wir haben uns als Ziel gesetzt, einen neuen attraktiven Museumsführer zu erstellen.

Zwei Spartipps.....

Sparen muss nicht nur der Kreis - sparen müssen auch viele Bürgerinnen und Bürger im Kreis.

Für Sie enthält der Kreishaushalt 2006 zwei Tipps, die ich ihnen gern zum Abschluss präsentieren möchte.

Die hohen Spritkosten haben in den letzten Wochen dazu geführt, dass immer mehr Menschen nach Alternativen zum Auto suchen. Einen kleinen Boom erlebt seit einigen Wochen unser Internetangebot zum **Pendlernetz**. Pro Tag klicken sich zurzeit rund 50 Bürger dort ein, um eine Mitfahrgelegenheit zu suchen oder selbst anzubieten - in den Monaten davor waren es im Schnitt 30 bis 40 pro Tag. Das Penderportal ist um so erfolgreicher, je mehr Menschen es nutzen. Ich kann es deshalb nur weiterempfehlen!

Wer sparen will und zugleich etwas für seine Gesundheit tun möchte, der steigt - wann immer möglich - um aufs Fahrrad!

Fahrradfahren ist aber auch eine immer beliebter werdende Freizeitbeschäftigung. Unser neuer EmsAuenWeg ist ein Riesenerfolg - er wurde deshalb auch zu Recht zum Radwanderweg des Jahres 2005 gewählt.

Im nächsten Jahr werden wir mit dem neuen **WerseRadwanderweg** einen weiteren touristischen Anziehungspunkt haben. Nach dem Muster des EmsAuenWegs soll er in den nächsten Monaten ausgebaut und beschildert werden. Der neue Radweg wird 70 Kilometer lang sein und verbindet Ems und Lippe. Er soll von Hamm über die Lippe, über die Trasse der ehemaligen Zechenbahn nach Ahlen und dann entlang der Werse auf den vorhandenen Werseweg bis nach Münster-Gelmer geführt werden. In östlicher Richtung ist die Verbindung über Beckum nach Oelde und Rheda-Wiedenbrück geplant. Sie

sehen die Bilder - teilweise ist der WerserRadwanderweg schon vorhanden - ich bin sicher: Das wird zwar kein Giro Italia, aber ein Giro Kreis Warendorf.

Mit einem Dankeschön an unseren Kreiskämmerer Dr. Funke und seine Mitarbeiter für die Vorarbeit übergebe ich nun Ihnen den Haushaltsentwurf 2006 mit der Hoffnung, vielleicht doch einmal zu erleben, dass Sie alle einem Vorschlag von mir zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.